

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem zum Antrag der AfD-Fraktion „Ausbildungskonsens – und wie nun weiter? Wirksamkeit von Maßnahmen im Bereich der (Aus)Bildung junger Menschen“

- Es gilt das gesprochene Wort!

[Anrede]

Das Thema der Ausbildung junger Menschen ist wichtig. Mit der Ausbildung werden die ersten Weichen für das spätere Leben gelegt und neue Fachkräfte herangebildet. Hier werden Chancen vergeben oder Träume zerstört.

Die Verantwortung für diesen Bildungsbereich teilen sich Politik, die Bundesagentur für Arbeit, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften. Dazu haben sie sich auch richtigerweise im Brandenburger Ausbildungskonsens bekannt.

Ja, der Zielwert – nämlich 10.000 Ausbildungsverträge jährlich neu zu schließen, wird nicht erfüllt. Aber die Maßnahmen, die uns die AfD heute hier vorlegt, sind auch nicht zielführend.

Dies scheitert schon bei der Analyse. Welchen Bildungsmonitor Sie dafür angeschaut haben, bleibt mir schleierhaft. Ihr angeführter Indikator „Qualität der schulischen Ausbildung“ findet sich nicht in der Studie. Auch ist ein Abrutschen nicht erkennbar. Und schon allein dass man auf Platz 16 aller Bundesländer auf dem drittletzten Platz stehen

könnte, wie Sie es schreiben, ist absurd. Ja, Brandenburg ist im Indikator „Berufliche Bildung“ nur auf Platz 14 – das kann uns alle nicht befriedigen.

Nun zu Ihren Forderungen: Sie wollen u.a. den Berufswahlpass schon ab der Klasse 5 einführen. Der Pass ist aber didaktisch erst für 7. Klässler*innen konzipiert und aus unserer Sicht ist die 5. und 6. Klasse auch ein wenig zu früh. Auch sehen wir nicht, dass die Defizite in der schulischen Allgemeinbildung mit einem leistungsgerechten Notensystem begegnet werden können. Vom Wiegen werden Schweine bekanntlich nicht fetter!

Was das Qualitätssiegel „Schule der hervorragenden Berufs- und Studienvorbereitung“ mit Vermittlungsquoten in den Ausbildungs- und den Arbeitsmarkt zu tun haben, erschließt sich mir nicht. Vor allem, da Sie durch die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage wissen sollten, dass diese Vermittlungsquoten gar nicht erhoben werden. Es ist auch nicht Aufgabe der Schulen, in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Die Jugendberufsagenturen haben Sie grundlegend missverstanden. Sie fordern unter römisch III. implizit deren Abschaffung, weil sie sich nicht bewährt hätten, um gleich darauf in IV. mit anderen Worten deren Gründung einzufordern. Die Jugendberufsagenturen unterbreiten ein rechtskreisübergreifendes Angebot der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und des Jugendamtes. Es bündelt sozusagen diese Kompetenzen unter einem Dach. Jugendberufsagenturen können somit auch mit aufsuchender Sozialarbeit Jugendliche in Problemlagen erreichen und ein enges Netz spannen, um keinen Jugendlichen unversorgt zu lassen.

Duale Berufsausbildung mit Abitur können wir uns auch gut vorstellen. Dies ist erst im September 2018 in Berlin eingeführt worden. Hier können wir der Landesregierung noch ein wenig mehr Zeit geben, um die dortigen Erfahrungen auszuwerten.

Interessant bei diesem ganzen Vorgang ist, dass wir nur 3 Tage vor dem Eingang Ihres Antrages im Bildungsausschuss über den Übergang von Schule in den Beruf diskutiert haben und von Ihnen kam – nichts.

Im Bereich der Ausbildung junger Menschen gibt es noch viel zu tun. Deshalb plädieren wir Bündnisgrüne für mehr und frühere Angebote der Berufsorientierung in den Schulen, um die Chance auf einen Wunschberuf zu erhöhen und die Abbruchquote zu senken. Es muss besser über die vielfältigen Ausbildungsangebote informiert werden, damit sich die Jugendlichen nicht en gros auf nur 10 bis 12 Ausbildungsberufe bewerben. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene mit unserem Antrag „Wege in die Zukunft – Berufsausbildung jetzt modernisieren“ unter anderem für eine Ausbildungsgarantie ein, die allen jungen Menschen direkt nach der Schule den Schritt in eine Ausbildung mit qualifiziertem Berufsabschluss ermöglicht.

Ja, es gibt da noch viel zu tun. Ihren Antrag brauchen wir dazu aber nicht.